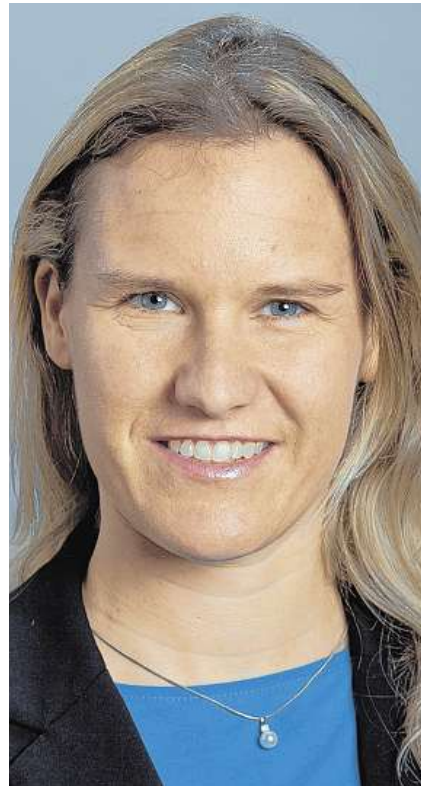




«Schludrig verfasste Antwort.»  
Roland Borer, Sicherheitspolitiker.



Will es jetzt genau wissen.  
Thomas Hurter, SIK-Präsident.



«Frage nicht beantwortet.» Andrea  
Geissbühler, Sicherheitspolitikerin.



Erstaunt über Korrekturen. Roland  
Büchel, Aussenpolitiker. Fotos Keystone

## Nationalräte fühlen sich verschaukelt

Der Sprecher von Aussenminister Burkhalter schiebt Fakten zur Terrorattacke in Mali nach

Von Beni Gafner, Bern

Das Aussendepartement von Bundesrat Didier Burkhalter (FDP) beantwortet Anfragen von Nationalräten anders als Fragen von Medien. Dies sorgt im konkreten Fall bei den betroffenen Nationalräten für Unverständnis. Grund für die Anfragen vom Montag im Nationalrat war der Terroranschlag vom 7. März in Mali, wo zwei Schweizer Armeeeingehörige schwer verletzt wurden. Die SVP-Nationalräte Roland Borer (SO), Roland Büchel (SG), Andrea Geissbühler (BE) und Thomas Hurter (SH) hatten sich in der Fragestunde des Nationalrats an Bundesrat Burkhalter gewandt. Ihre Fragen wurden schriftlich beantwortet, weil der Aussenminister auf Asienreise weilt. Das EDA liess allen Fragestellern und den Medien ein und dieselbe Antwort zukommen.

Nationalrat Hurter erkundigte sich nach dem Resultat der Risiko- und Sicherheitsanalyse, von der er annahm, dass diese unmittelbar vor dem Einsatz der Schweizer vorlag. Das EDA antwortete dazu aber: «Die UNO und ihre Expertinnen und Experten vor Ort haben eine Sicherheits- und Risikoanalyse durchgeführt, aufgrund welcher auch der Militärische Nachrichtendienst eine eigene Analyse vorgenommen hat. Der Bundesrat ermächtigte daraufhin das VBS am 14. August 2013, die durch den UNO-Sicherheitsrat in Resolution 2100 (2013) autorisierte Minusma mit bis zu acht unbewaffneten

Armeeeingehörigen zu unterstützen.» Die BaZ kritisierte aufgrund dieser offiziellen Angaben am Dienstag, Bundesrat Burkhalter habe Bundesangestellte aufgrund einer 19 Monate alten Risikoanalyse ins Konfliktgebiet nach Mali geschickt.

Dies stimme nicht, schrieb nun der Informationschef des Aussendepartements an die BaZ. Die Kopie seines Mails liess er sogleich auch den fragstellenden Nationalräten zukommen. Jean-Marc Crevoisier, der EDA-Kommunikationschef, lieferte in seiner Mail

neue Fakten nach, die in der offiziellen Bundesratsantwort nicht enthalten waren. Es seien laufend neue Lagebeurteilungen durchgeführt worden, auch gebe es einen Nachrichtendienstoffizier, der mit dem EDA zusammenarbeite. Crevoisier bat die BaZ um die Veröffentlichung seiner «Zusatzinformationen» (Kasten).

### EDA vorgeladen

Die Fragesteller fühlen sich aufgrund dieses Vorgehens von Burkhalters EDA nicht ernst genommen.

### Bitte um Veröffentlichung von Zusatzinformationen

Monsieur le rédacteur en chef,

L'article publié dans votre édition du 17. mars 2015 et intitulé «Burkhalters veraltete Risikoanalyse» comporte des erreurs. Vous écrivez notamment que l'engagement des militaires qui ont échappé à la mort lors de l'attentat du 7 mars a été décidé sans que l'on ait fait récemment une analyse de sécurité. C'est faux:

> Le VBS/SWISSINT, qui porte la responsabilité opérationnelle de telles opérations, dispose d'un officier de renseignements qui analyse, en collaboration avec le DFAE, la situation jour après jour.

> Avant d'envoyer ces militaires au Mali, plusieurs rapports sur la situation sécuritaire ont été faits.

> Avant de les envoyer au Mali, nous avons obtenu la garantie qu'en cas de déplacement hors de la capitale, les experts envoyés bénéficieraient de la protection de l'ONU (déplacements dans des voitures blindées). C'est après ces différentes analyses qui, et je le répète, sont actualisées en permanence que la décision a été prise de les envoyer au Mali. Je vous prie de publier ces compléments d'information dans votre prochaine édition afin que vos lecteurs puissent avoir une information objective sur ce cas.

Avec mes salutations les meilleures.  
Jean-Marc Crevoisier

Chef de l'information  
Département fédéral des affaires étrangères (DFAE)

Sicherheitspolitiker Borer sagt, «entweder hat man die Antwort an uns schludrig verfasst, ohne Kenntnis der tatsächlichen Lage, oder man befand im EDA, man müsse der Presse nach der ersten Antwort noch etwas Substantielles nachliefern. Beides ist schlecht.» Er akzeptiere dieses Vorgehen nicht. Der Präsident der Sicherheitspolitischen Kommission, Hurter, hielt gestern fest, das EDA habe ihm offensichtlich Informationen vorenthalten. Das sei nicht korrekt. Es könne nicht sein, dass Journalisten mehr Informationen erhielten als Parlamentarier. Seine Frage bleibe unbeantwortet. Hurter sagt, «es ist jetzt nicht mehr der Moment, dies alles in der Öffentlichkeit zu diskutieren.» Jetzt sei seriöse Kommissionsarbeit gefragt. EDA-Vertreter müssen nun in der Sicherheitspolitische Kommission Auskunft geben.

Die Sache kommt nächste Woche in die Aussenpolitische Kommission, wie Vizepräsident Roland Büchel sagt. «Ich weiss bis jetzt nicht, was wirklich Sache ist,» kritisiert er. Erstaunt ist er, «dass sich der Informationschef das Recht herausnimmt, die politische Antwort an uns zu korrigieren.» Unzufrieden zeigt sich auch Nationalrätin Geissbühler. Ihre Frage ist ebenfalls nicht beantwortet. Sie wollte wissen, weshalb die Schweiz humanitäre Minenräumung nicht primär in Regionen durchführt, die konfliktfrei sind oder wo ehemalige Konfliktparteien solchen Aktionen zustimmen.

## Nachrichten

### Analoges UKW-Radio ist bald Vergangenheit

**Bern.** Die Radiobranche nimmt eine weitere Hürde auf dem Weg in die digitale Zukunft. Vertreter der SRG und der privaten Radiostationen haben gestern eine Vereinbarung unterzeichnet, die den Wechsel von der analogen UKW-zur digitalen DAB+-Verbreitung definiert. Für die Radiohörenden hat die Umstellung ins digitale Zeitalter Konsequenzen: Sie müssen ihre alten Radios entsorgen und sich ein neues, DAB+-fähiges Radio erwerben oder Radio übers Internet hören. SDA

### Neues Gesetz für den Finanzmarkt

**Bern.** Der Nationalrat befürwortet im Grundsatz das neue Finanzmarkt-Infrastrukturgesetz. Er ist gestern oppositionslos auf die Vorlage eingetreten. Umstritten sind die geplanten neuen Regeln für den ausserbörslichen Derivatehandel. Dass die Schweiz eine neue Regulierung für Börsen und andere Handelsplätze braucht, ist unbestritten. Mit dem Gesetz soll eine einheitliche, an die Entwicklung des Marktes und internationale Standards angepasste Regulierung geschaffen werden. SDA

### Bellinzona will zur Grossgemeinde werden

**Bellinzona.** Die 16 umliegenden Gemeinden und die Stadtgemeinde Bellinzona wollen sich zu einer Grossgemeinde zusammenschliessen. Am 18. Oktober haben die Stimmbürger das letzte Wort, ob sie dem Zusammenschluss zustimmen. Der Tessiner Staatsrat hat schon jetzt zugesichert, dass er das Projekt mit 52,6 Millionen Franken unterstützt. SDA

### Genfer botanischer Garten wird total Bio

**Genf.** Die 28 Hektaren des botanischen Gartens in der Stadt Genf haben das Label «100 Prozent Bio» erhalten. Die Betreiber verzichten bereits seit einiger Zeit auf chemische Produkte, Pestizide oder Insektengift. Die Umstellung war aber nicht einfach. Nach Angaben der Verantwortlichen handelt es sich um den ersten botanischen Garten in der Schweiz, der dieses Label erhält. SDA

### Agroscope zügelt von Bern nach Fribourg

**Freiburg.** Der Kanton Freiburg kramelt die Ärmel hoch, um die landwirtschaftliche Forschungsanstalt Agroscope in Posieux zu konzentrieren. Das Kantonsparlament sprach gestern einstimmig einen Kredit von 65,8 Millionen Franken für einen Neubau. Dort soll das Institut für Lebensmittelwissenschaften einziehen, das derzeit noch in Liebefeld bei Bern untergebracht ist. Die Konzentration ist Teil eines Abkommens zwischen dem Kanton Freiburg und der Eidgenossenschaft. SDA

### Kein Mutterschaftsurlaub für Adoptivmütter

**Bern.** Der Ständerat will Adoptivmüttern keinen Mutterschaftsurlaub gewähren. Er lehnte eine entsprechende Ständesininitiative des Kantons Neuenburg ab. Über den Vorstoss entscheidet noch der Nationalrat. Die Initiative will Frauen, die ein Kind von acht Jahren oder jünger adoptieren, eine Adoptionsentschädigung zusprechen, die der Mutterschaftsentschädigung entspricht. Nach Auffassung der Mehrheit sprechen gesellschaftspolitische Überlegungen gegen das Anliegen. SDA

### Elektronisches Dossier für Patientendaten

**Bern.** Patientendaten sollen künftig in einem elektronischen Dossier gespeichert werden können, darin sind sich die Räte einig. Bei den Mitmach-Pflichten gehen die Meinungen aber noch auseinander. Der Nationalrat hat sich gestern für strengere Regeln ausgesprochen. Bundesrat und Ständerat wollen auf eine «doppelte Freiwilligkeit» setzen. Der Nationalrat will diese Vorschrift nun ausweiten. SDA

## Blockierte Millionen freigegeben

Bund überweist Gelder aus der Petrobras-Affäre

**Bern.** Die Bundesanwaltschaft (BA) hat im Rahmen der Ermittlungen im Korruptionsskandal um den halbstaatlichen brasilianischen Ölkonzern Petrobras einen Teil der beschlagnahmten 400 Millionen Dollar freigegeben. Im Einvernehmen zweier Kontoinhaber seien über 120 Millionen Dollar zuhanden von Geschädigten überwiesen worden, teilte die BA gestern mit.

Im Zusammenhang mit den Bestechungsvorgängen um die Petrobras sind bei der BA bis anhin rund 60 Verdachtsmeldungen der Meldestelle für Geldwäscherei eingegangen. Seit April 2014 hat die Behörde neun Strafuntersuchungen wegen des Verdachts auf Geldwäscherei in Verbindung mit Korruption eröffnet. Die Verfahren richten sich gegen acht brasilianische Staatsangehörige sowie gegen Unbekannte.

### Bundesanwalt in Brasilien

In den bisherigen Ermittlungen habe die BA weit über 300 Kontobeziehungen bei über 30 Bankinstituten in der Schweiz ausfindig gemacht, über welche die in Brasilien untersuchten Bestechungszahlungen vermutlich abgewickelt worden seien.

Wirtschaftlich berechtigt an diesen grösstenteils auf Sitzgesellschaften lau-

tenden Geschäftsbeziehungen seien Kadermitglieder von Petrobras, Kadermitglieder von Zulieferfirmen, Finanzintermediäre sowie direkt oder indirekt brasilianische oder andere ausländische Unternehmen, welche Bestechungszahlungen ausgerichtet hätten.

Die BA hat im Rahmen der Ermittlungen in der Schweiz deponierte Vermögenswerte in Höhe von gesamthaft rund 400 Millionen Dollar gesperrt. Die Freigabe von über 120 Millionen Dollar zeuge vom festen Willen der Schweiz, sich dem Missbrauch ihres Finanzplatzes für kriminelle Zwecke entgegenzustellen und die Gelder kriminellen Ursprungs an die Geschädigten zurückzugeben, schreibt die BA.

Bundesanwalt Michael Lauber erörtere anlässlich eines Arbeitsbesuchs in Brasilia mit Generalstaatsanwalt Rodrigo Janot die Perspektiven einer gemeinsamen Aufarbeitung des Petrobras-Korruptionsskandals. Dabei seien die Möglichkeiten der gegenseitigen Unterstützung in den laufenden Strafverfahren besprochen worden. Die Schweizer Strafverfahren werden laut BA fortgesetzt mit dem Ziel, Täter zur Rechenschaft zu ziehen und die Herkunft der restlichen blockierten Vermögenswerte zu bestimmen. SDA

## Die Landesversorgung wird neu organisiert

Bundesrat darf Unternehmen Vorschriften machen

**Bern.** Das Landesversorgungsgesetz ist noch vom kalten Krieg geprägt. Die vom Bundesrat vorgeschlagene Modernisierung hat der Ständerat gestern einstimmig gutgeheissen. Die Behörden sollen rascher als heute eingreifen können, um drohende oder bereits eingetretene Mangellagen abzuwenden.

Das neue Gesetz unterscheidet nicht mehr zwischen wirtschaftlicher Landesverteidigung und schweren Mangellagen. Dank der Totalrevision soll die Versorgung mit lebenswichtigen Gütern flexibel und mit kurzen Reaktionszeiten sichergestellt werden.

### Milizsystem wird beibehalten

Eine neue Herausforderung stellen dabei die veränderten Abläufe der globalisierten Wirtschaft dar. Heute gilt das Just-in-time-Prinzip. Rohstoffe, Halbprodukte und Ersatzteile werden kaum noch auf Vorrat gehalten. Ein Fokus der Vorlage ist daher das robuste Funktionieren von Stromversorgung, Logistik, Informations-, Kommunikations- und Finanzdienstleistungen. Der Bundesrat kann Unternehmen dazu

verpflichten, technische oder administrative Vorkehrungen zu treffen, um ihre Produktions-, Verarbeitungs- und Lieferbereitschaft sicherzustellen. Er kann anordnen, dass bestimmte Anlagen in Betrieb genommen werden oder dass bestimmte Dienstleistungen weiterhin erbracht werden müssen. Der Bundesrat kann Preise festsetzen, Güter rationieren, deren Ausfuhr verbieten oder Zuteilung, Verarbeitung und das Recycling regeln. Branchenvereinbarungen sollen unter bestimmten Voraussetzungen für allgemeinverbindlich erklärt werden können.

Die Landesversorgung wird aber nicht total umgebaut. Beibehalten werden das Subsidiaritätsprinzip, das Milizsystem und insbesondere die Vorratshaltung von lebenswichtigen Gütern wie Nahrungsmitteln, Heilmitteln oder Erdölprodukten.

Die Pflichtlager bleiben Aufgabe der Privatwirtschaft. Finanziert werden sie weiterhin über einen Zuschlag auf den Verkaufspreis, wobei neuerdings der Bund allfällige ungedeckte Kosten übernehmen müsste. SDA